



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 30. Juni 2023

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 3. Juli 2023**

Fokusthema: **PUK**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Erledigung eines Geschäfts im schriftlichen Verfahren ausführlich über die Einsetzung einer PUK zum Datensicherheitsvorfall bei der JI debattieren. Anschliessend stehen die Genehmigung des Geschäftsberichts der GVZ und die zweite Lesung zum Gewaltschutzgesetz an. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit dazu sein, wird sich der Rat auch noch mit einer Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes befassen.*

#### **Einsetzung einer PUK zum Datensicherheitsvorfall bei der JI beantragt**

Eine längere Debatte zeichnet sich zum Entscheid ab, ob der Kantonsrat den Anfang Dezember 2022 öffentlich bekannt gewordenen Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern (JI) von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) untersuchen lassen will. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Rat, eine PUK einzusetzen ([KR-Nr. 172/2023](#)). Neben dem Datensicherheitsvorfall sollen auch grundsätzliche Fragen zur Datensicherheit und Entsorgung von Datenträgern in der kantonalen Verwaltung untersucht werden. Eine Minderheit (SP, Grüne, AL) erachtet die Einsetzung einer PUK als nicht angezeigt und beantragt dem Kantonsrat, auf den Antrag nicht einzutreten.

Vormaliger GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Minderheit: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

#### **Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022 der GVZ sollen genehmigt werden**

Kaum Meinungsverschiedenheiten dürfte es bei der Behandlung der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) für das Jahr 2022 geben. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, Geschäftsbericht und Jahresrechnung zu genehmigen ([5896](#)). Dennoch wird die Behandlung des Geschäfts erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Vormaliger AWU-Präsident: André Bender (SVP, Oberengstringen), 079 403 68 49

#### **Schlussabstimmung über die Beratungsstelle für Minderjährige bei häuslicher Gewalt**

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Gewaltschutzgesetzes zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung einem Vorschlag des Regierungsrates zugestimmt, der die Einrichtung einer Anlaufstelle für Kinder vorsieht, die Zeugen von häuslicher Gewalt geworden sind ([5874](#)). Heute mangelt es an einer gesetzlichen Grundlage, die es der Polizei erlaubt, bei Kindern, welche Gewalt in der Beziehung ihrer Eltern miterleben, die Schutzverfügungen an eine spezialisierte Beratungsstelle zu übermitteln.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

### **Elektronischer Geschäftsverkehr mit Behörden soll rechtsverbindlich werden**

Der formelle Geschäftsverkehr zwischen öffentlichen Organen und Privaten ist heute grundsätzlich an die Papierform gebunden. Mit einer Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sollen nun die rechtlichen Grundlagen für einen rechtsverbindlichen und medienbruchfreien elektronischen Geschäftsverkehr mit und zwischen den öffentlichen Organen des Kantons geschaffen werden. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der bereinigten Vorlage zur Gesetzesänderung zuzustimmen ([5853](#)). Eine Minderheit aus SP, Grünen und EVP fordert, dass Menschen mit einer Behinderung ausdrücklich im Gesetz erwähnt werden. Die Verwaltungsbehörden hätten zu gewährleisten, dass diese Gruppe bei elektronischen Verfahrenshandlungen gleichberechtigt am Verfahren teilnehmen kann und dazu die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden. Eine andere Minderheit aus SP, Grünen und GLP verlangt, dass zum Beispiel Anwältinnen und Anwälte oder Treuhänderinnen und Treuhänder, die berufsmässig Personen vor Verwaltungsbehörden oder Gerichten vertreten, Verfahrenshandlungen bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung noch in Papierform vornehmen können. Und mit einem diese Woche eingereichten Antrag verlangt die GLP, dass ein Absender verpflichtet wird, eine Mitteilung auf postalem Weg nochmals zuzustellen, falls ein Empfänger nicht mit einer elektronischen Zustellung rechnen konnte.

Vormaliger STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Minderheit SP, Grüne, EVP, GLP: Isabel Bartal (SP, Zürich), 079 400 43 49

Minderheit GLP: Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), 079 400 70 68

### **Schriftliches Verfahren:**

Diskussionslos behandelt wird am Montag gleich zu Beginn der Sitzung als Traktandum 2 eine Änderung der Gemeindeverordnung ([5883](#)).

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12